

Der Wirtschaftsstandort Schweiz und die Nationalbankpolitik

Referat von

Dr. Jean-Pierre Roth

Präsident des Direktoriums der

Schweizerischen Nationalbank

8. Internationale Informationstagung

Europa Forum Luzern

Montag, 27. Oktober 2003

1. Einleitung

Das diesjährige Europa Forum Luzern widmet sich neben verkehrspolitischen Fragen in einem zweiten Schwerpunktthema den Perspektiven des Exportstandortes Schweiz. Im Tagungsprogramm ist dieses Thema unter den Titel "Bedrohter Exportstandort Schweiz?" gestellt. In der Tat deuten verschiedene Indizien darauf hin, dass die Standortvorteile der Schweiz dahinschmelzen könnten oder dass ein solcher Erosionsprozess möglicherweise schon eingesetzt hat. Damit ist eine für unser Land zentrale, gleichzeitig aber auch sehr komplexe Frage angesprochen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Diagnose der Gründe für einen allfälligen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, als auch der daraus abzuleitenden Politikempfehlungen.

Als Vertreter der schweizerischen Nationalbank möchte ich im Folgenden darlegen, was die Geldpolitik zu einer günstigen Entwicklung der Schweizer Wirtschaft beitragen kann. Nicht selten werden in diesem Zusammenhang Forderungen an uns herangetragen, die zwar angesichts der unmittelbaren Problemlage der Unternehmungen verständlich sind, denen aber oft eine Einordnung in die gesamtwirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge fehlt. So schätzt man zwar einerseits das ausgeprägte Mass an Preisstabilität und den Zinsvorteil der Schweiz, fordert aber andererseits von der Nationalbank rasch Gegenmassnahmen, wenn der Franken unter Aufwertungsdruck gerät. Ob die Nationalbank, wenn sie diesen Forderungen in jedem Fall nachkäme, den Wirtschaftsstandort Schweiz tatsächlich stärken würde, muss aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive bezweifelt werden.

Bevor ich mich genauer mit dieser Frage befasse, möchte ich in einem ersten Teil meines Referates ein paar allgemeine Überlegungen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Perspektiven des Exportstandortes Schweiz aus realwirtschaftlicher Sicht anstellen.

2. Gefährdeter Exportstandort Schweiz?

Bei der Behandlung dieses Themas ist zunächst einmal darauf hinzuweisen, dass die Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einem marktwirtschaftlichen System primär eine Aufgabe ist, die von den Unternehmungen selbst wahrgenommen werden muss. In einem Hochlohnland wie der Schweiz kann diese Aufgabe mit Stichworten wie permanente Innovationstätigkeit und anhaltende Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung umschrieben werden. Aber auch ein rasches Erkennen von

Nachfrage-trends und neuer Marktchancen ist für den Unternehmungserfolg von entscheidender Bedeutung. Nur Unternehmungen, die diese Herausforderungen mindestens so gut meistern wie ihre ausländischen Konkurrenten, kann es gelingen, ihre Position im internationalen Wettbewerb trotz vergleichsweise hohen Lohnkosten zu behaupten.

Nun ist es natürlich nicht so, dass das in einer Volkswirtschaft herrschende Lohnniveau einfach vom Himmel fällt. Es ist deshalb erhellend, die Betrachtung einmal umzukehren und die Frage zu stellen, warum denn die Schweiz überhaupt ein Hochlohnland ist. Die Antwort darauf kann nur lauten, dass die hohen schweizerischen Löhne letztlich Ausdruck davon sind, dass es unsere Unternehmungen zu einem grossen Teil verstanden haben, mit innovativen und marktgerechten Produkten sowie anhaltenden Produktivitätsverbesserungen ihre Position in den anspruchsvollsten Segmenten der internationalen Märkte zu behaupten. Der Erfolg dieses dynamischen Wirtschaftssektors bleibt allerdings nicht ohne Konsequenzen für die mehr traditionellen Bereiche unserer Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt ziehen nämlich die prosperierenden Unternehmungen durch hohe Lohngebote Arbeitskräfte an sich. Der entsprechende Lohndruck stellt dann für Unternehmungen, die standardisierte Produkte mit nur geringem Innovationspotenzial herstellen, ein existenzielles Problem dar. Sie sind auf ihren Absatzmärkten einer ausgeprägten Preiskonkurrenz durch Anbieter aus weniger entwickelten Volkswirtschaften ausgesetzt, die vergleichbare Produkte kostengünstiger herstellen können. Gesamtwirtschaftlich resultiert daraus ein fortschreitender Strukturwandel hin zu technologieintensiven, innovativen und spezialisierten Produktionszweigen. Dieser Prozess ist für die weniger dynamischen Wirtschaftsbereiche zwar schmerzlich, zur Mehrung unseres Wohlstandes aber unabdingbar.

Diese hier nur ansatzweise vorgetragenen Überlegungen mögen auch verdeutlichen, dass es letztlich wenig Sinn macht, in einer längerfristigen Perspektive von der Konkurrenzfähigkeit einer ganzen Volkswirtschaft oder der Bedrohung des Exportstandortes Schweiz zu sprechen. Die Einzelunternehmung operiert zwar in einem makroökonomischen Umfeld, das sie nicht beeinflussen kann. In ihrer Gesamtheit bestimmen die Unternehmungen aber das makroökonomische Umfeld und damit unter anderem auch die Lohnentwicklung. Stellen wir uns einmal vor, unsere Unternehmungen hätten sich in den letzten Jahrzehnten insgesamt weniger innovativ verhalten. Die Folge davon wäre nicht ein Zusammenbruch des Exports gewesen. Vielmehr wären wir dadurch im internationalen Wohlstands- und Produktivitätsvergleich zurückgefallen und würden

heute bei einem tieferen Lohnniveau weniger anspruchsvolle Produkte exportieren – Produkte also, die im Zuge des Strukturwandels, so wie er effektiv stattgefunden hat, längst aus der Angebotspalette der Exportwirtschaft verdrängt wurden. Bedroht wäre in einem solchen Szenario also nicht die Exportfähigkeit unserer Wirtschaft an sich, sondern die Wohlstandsentwicklung, was natürlich genau so unerwünscht wäre.

Was kann die staatliche Wirtschaftspolitik zur Verhinderung eines solchen Szenarios beitragen? Ihre Rolle konzentriert sich darauf, der Privatwirtschaft für eine dynamische Entwicklung möglichst günstige Rahmenbedingungen bereitzustellen. Damit ist eine Vielzahl von Politikbereichen angesprochen, zum Beispiel die Bildungs-, Technologie- und Forschungspolitik, die Aussenwirtschaftspolitik, die Wettbewerbspolitik, die Ausländerpolitik und auch die Finanzpolitik. Angesichts des vergleichsweise schwachen schweizerischen Wirtschaftswachstums ist in den letzten Jahren eine intensive Diskussion darüber in Gang gekommen, was in diesen Politikbereichen falsch gelaufen sein könnte. Beispiele für solche Untersuchungen sind der Wachstumsbericht des seco oder die ähnlich gelagerte Untersuchung von Avenir Suisse. Aber auch die für die Schweiz eher ernüchternden Ergebnisse der Pisa-Studie zum Bildungsstand unserer Jugend lassen sich in diesen Kontext einordnen. Viele Probleme sind also erkannt, effektive Massnahmen zur Förderung des schweizerischen Wachstumspotenzials sind von der Politik aber eher zögerlich an die Hand genommen worden.

3. Beitrag der Geldpolitik zur Standortqualität

Preisstabilität als Standortvorteil

Und die Geldpolitik? Im Unterschied zu den vorher genannten Politikbereichen ist sie kaum in der Lage, das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu beeinflussen. Zwar kann eine verfehlte Geldpolitik erhebliche realwirtschaftliche Kosten in Form starker Konjunkturschwankungen verursachen, und umgekehrt vermag eine auf Erhaltung der Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik einen Beitrag zur Verstetigung des Wirtschaftswachstums zu leisten. Aus der Existenz solcher realwirtschaftlicher Effekte der Geldpolitik aber zu folgern, sie könne zum Beispiel mit einem anhaltend expansiven Kurs auch den langfristigen Wachstumstrend der Wirtschaft günstig beeinflussen, käme einem gefährlichen Fehlschluss gleich. Das Resultat einer solchen Politik wäre bloss eine inflationäre Überhitzung, verbunden mit der Gefahr eines anschliessenden Absturzes der Wirtschaft in eine Rezession.

Viel besser gedient ist der Wirtschaft mit einer auf die Erhaltung der Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik, so wie wir sie seit vielen Jahren mit einigem Erfolg praktizieren. Hohe und stark schwankende Inflationsraten sind Sand im Getriebe der Wirtschaft, weil sie den Unternehmungen und Haushalten erhebliche Informationskosten aufbürden und so zu wohlstandsmindernden Fehldispositionen führen können. Preisstabilität ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft und eine effiziente Allokation der Ressourcen. Sie stellt für die Schweiz einen wesentlichen Standortvorteil dar. Allerdings haben verschiedene andere Länder in den letzten Jahren auch in dieser Hinsicht deutlich aufgeholt.

In den Diskussionen um die Revision des Nationalbankgesetzes wurde zum Teil heftig darüber gestritten, wie der Auftrag der Geldpolitik zu definieren sei. Im Zentrum stand die Frage, ob Konjunkturstabilisierung oder sogar ein Vollbeschäftigungsziel gleichberechtigt neben der Sicherung der Preisstabilität stehen sollen. Diese Auseinandersetzungen hatten jedoch weitgehend den Charakter eines Schattenboxens, denn mit der Verpflichtung, Inflation und Deflation zu verhindern, nimmt die Geldpolitik – zumindest im Normalfall – automatisch Rücksicht auf die Konjunkturlage. In konjunkturellen Schwächephasen lässt der Preisauftrieb nach, in Phasen wirtschaftlicher Überhitzung verstärkt er sich. Die Nationalbank wird daher im ersten Fall die Geldpolitik lockern und damit die Nachfrage stimulieren, im zweiten Fall wird sie die Geldpolitik straffen und damit die Nachfrage dämpfen. Dadurch verhindert sie nicht nur Deflation und Inflation, sondern trägt gleichzeitig zu einer konjunkturellen Stabilisierung der Wirtschaft bei.

Für die Exportwirtschaft ist nun aber nicht die Konjunktur im Inland, sondern diejenige im Ausland ausschlaggebend, und darauf hat die schweizerische Geldpolitik keinen Einfluss. Dass die Exportwirtschaft unsere geldpolitischen Entscheidungen trotzdem mit kritischem Interesse verfolgt, liegt an einer anderen wirtschaftlichen Schlüsselgrösse, nämlich dem Wechselkurs des Frankens. Auf die Rolle des Wechselkurses in der Geldpolitik möchte ich nun etwas genauer eingehen.

Das geldpolitische Konzept der Nationalbank ...

Wie Sie vermutlich wissen, fällen wir unsere geldpolitischen Entscheidungen seit Anfang 2000 im Rahmen eines Konzeptes, das aus drei Elementen besteht; nämlich einer Definition dessen, was wir unter Preisstabilität verstehen, einer Inflationsprognose und einem Zielband für die Kurzfristzinsen.

- Preisstabilität setzen wir mit einer Jahresteuierung von maximal 2% gleich. Selbstverständlich sollen aber auch deflationäre Entwicklungen verhindert werden. Somit besteht das Ziel unserer Geldpolitik darin, die Teuerung auf mittlere Frist zwischen 0% und 2% zu halten.
- Da die Wirkung der Geldpolitik auf die Preisentwicklung einer beträchtlichen Verzögerung unterliegt, müssen wir – wie andere Notenbanken auch – in unseren Entscheidungen eine vorausschauende Haltung einnehmen. Dies bedeutet, dass wir nicht einfach auf die jeweils gerade herrschende Inflation schauen können, sondern uns an einer Inflationsprognose orientieren müssen.
- Die praktische Umsetzung der Geldpolitik spiegelt sich schliesslich in der Festlegung eines Zielbandes für die Entwicklung der kurzfristigen Zinsen, konkret des Zinses für dreimonatige Anlagen am Londoner Interbankenmarkt, kurz Dreimonats-Libor genannt.

Im Regelfall überprüfen wir die Ausrichtung der Geldpolitik auf Basis dieses Konzepts in vierteljährlichem Rhythmus. Etwas vereinfacht dargestellt läuft der Entscheidungsprozess folgendermassen ab: Zunächst erstellen wir unter der Annahme eines unveränderten Dreimonats-Libor eine Inflationsprognose über die jeweils folgenden drei Jahre. In diese Prognose fliesst eine Vielzahl von schweizerischen und weltwirtschaftlichen Indikatoren ein, die sich in ihrer Gesamtheit zu einem umfassenden Konjunkturbild zusammenfügen. Falls nun diese Prognose zum Beispiel zeigt, dass die Inflation im Prognosezeitraum die 2%-Marke zu durchbrechen droht, wäre dies ein Indiz dafür, dass die geldpolitischen Bedingungen zu expansiv gesetzt sind. Der geldpolitische Entscheid würde folglich sein, das Zinszielband nach oben zu verschieben, um damit die Inflation im preisstabilen Bereich zu halten.

Nun sind Wirtschaftsprognosen bekanntlich mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für unvorhersehbare Ereignisse, die den Wirtschaftsgang markant beeinflussen, gibt es gerade in der jüngeren Vergangenheit genügend Beispiele. Auch in der aktuellen Situation sind die Prognoserisiken erheblich. Aufgrund unserer Analysen sind wir zum Schluss gekommen, dass die Schweizer Wirtschaft den konjunkturellen Tiefpunkt diesen Herbst durchschreitet und im nächsten Jahr zu einem moderaten Wachstum zurückfindet. Die Auslastung der Kapazitäten und die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürften sich aber nur langsam verbessern. Deshalb scheint es uns richtig, den Erholungsprozess mit einer vorerst weiterhin expansiven Geldpolitik zu unterstützen.

Es gibt aber auch Stimmen, die davor warnen, dass die reichliche Liquiditätsversorgung der Wirtschaft in eine inflationäre Überhitzung ausmünden könnte. Andere Beobachter wiederum befürchten, dass die Schweiz in eine Deflation abgleiten könnte. Diese Stimmen sind in letzter Zeit zwar etwas in den Hintergrund getreten. Wir halten beide Gefahren für gering. Letztlich wird aber erst die Zukunft zeigen, wer Recht hat. Schockartige Störungen sind auch in Zukunft nicht auszuschliessen. So werden es Kritiker der Geldpolitik im Nachhinein wiederum viel leichter haben, zu sagen, welches der richtige geldpolitische Kurs gewesen wäre.

... und die Rolle des Wechselkurses

In die Gesamtbeurteilung der Konjunktorentwicklung, welche die Basis für die Inflationsprognose bildet, geht selbstverständlich auch der Wechselkurs ein. Er hat mit anderen Worten für die konkrete Ausrichtung der Geldpolitik jenen Stellenwert, der ihm im Hinblick auf die Erhaltung der Preisstabilität tatsächlich zukommt. In einem so stark mit dem Ausland verflochtenen Land wie der Schweiz ist dieser Stellenwert sogar bedeutend, weil die Wirtschaftsentwicklung über den Aussenhandel stark von Wechselkursschwankungen geprägt ist.

Wechselkursbewegungen sind allerdings nicht immer unerwünscht. Es ist zu unterscheiden zwischen Wechselkursbewegungen, die auf fundamentale Faktoren wie Zins- und Inflationsdifferenzen zwischen den Ländern, Wachstumsunterschiede oder die Ertragsbilanzposition zurückzuführen sind, und schockartigen Wechselkursänderungen, die durch politische Ereignisse wie Regierungskrisen und Kriege oder spekulative Übertreibungen verursacht sein können:

- Fundamental bedingte Wechselkursbewegungen sind im Prinzip erwünscht, weil sie darauf hinwirken, dass bestehende Ungleichgewichte abgebaut werden. Sie stellen zudem einen wichtigen Wirkungskanal der Geldpolitik dar. Wird diese zum Beispiel bei einer drohenden Überhitzung der Wirtschaft gestrafft, so trägt die dadurch ausgelöste Frankenaufwertung entscheidend zur beabsichtigten Konjunkturdämpfung bei.
- In Unterschied zu solchen erwünschten Wechselkursänderungen durchlief die Schweizer Wirtschaft aber auch immer wieder Phasen, in denen schockartige Aufwertungen des Frankens eine ohnehin schon vorhandene Konjunkturschwäche zu akzentuieren drohten. Das jüngste Beispiel dafür ist der Aufwertungsschub nach

dem 11. September 2001, dem wir mit einer zusätzlichen kräftigen Zinssenkung entgegengetreten sind.

Sie sehen also, dass wir den Wechselkurs in unseren geldpolitischen Entscheidungen keineswegs ignorieren, sondern dass er in bestimmten Situationen sogar eine dominierende Rolle spielen kann. Daraus ist nun aber nicht zu folgern, ein explizites Wechselkursziel oder eine fixe Anbindung des Frankens an den Euro wäre für die Schweizer Wirtschaft die noch bessere Lösung.

Selbstverständlich ist nicht zu leugnen, dass eine Beseitigung des Wechselkursrisikos für unsere Unternehmungen spürbare Vorteile hätte, zum Beispiel im Sinne einer Verstetigung der erzielten Erträge oder einer besseren Kalkulierbarkeit der Rentabilität von Investitionsprojekten. Diesen Vorteilen würden aber gravierende Nachteile gegenüberstehen:

- Zum einen würde eine Anbindung des Frankens an den Euro das Ende der Zinsinsel Schweiz bedeuten. Der Zinsanstieg auf das höhere Euro-Niveau hätte beträchtliche Anpassungsprobleme zur Folge. Am stärksten betroffen wären der Staatshaushalt, die Hypothekarschuldner und die Mieter. Produktionsseitig wäre mit einem Einbruch der Bauwirtschaft zu rechnen. Aber auch längerfristig wären die Auswirkungen eines höheren Zinsniveaus negativ. Vor allem würde der zugunsten der Schweiz wirksame Standortvorteil tieferer Kapitalkosten entfallen.
- Sodann würden die schweizerischen Kurzfristzinsen bei einer Wechselkursfixierung nicht nur im Niveau ansteigen, sondern auch jede Bewegung der Euro-Zinsen mitmachen. Mit anderen Worten würden wir mit einer solchen Politik unsere geldpolitische Autonomie verspielen. Die Zinsentscheidungen wären an die EZB delegiert und wir hätten keine Möglichkeit mehr, eine auf die spezifische Konjunktursituation der Schweiz ausgerichtete Politik zu betreiben. Gerade die letzten zwei Jahre, in denen wir die Zinsen rascher und stärker senkten als die EZB, zeigen, wie wichtig dieser Spielraum sein kann.
- Schliesslich ist zu beachten, dass eine unilaterale Wechselkursfixierung von den Marktteilnehmern nicht unbedingt als dauerhaft und glaubwürdig erachtet wird. Spekulative Attacken könnten die Nationalbank deshalb zwingen, zur Verteidigung des Wechselkurses eine extrem expansive oder restriktive Geldpolitik zu betreiben, oder dann eben schliesslich doch eine schlagartige Auf- oder Abwertung des

Frankens zuzulassen. Mit dem Versuch einer Anbindung des Frankens an den Euro würden wir uns also auf ein Experiment mit sehr ungewissem Ausgang einlassen.

Viel besser ist der Wirtschaft mit dem von uns praktizierten geldpolitischen Konzept gedient, das auf die Erhaltung der Preisstabilität ausgerichtet ist. Wie gerade die letzten Jahre zeigen, ist die Nationalbank aber auch bereit, mit geldpolitischen Lockerungen den ihr möglichen Beitrag zu einer Konjunkturerholung zu leisten, sofern dadurch die Preisstabilität nicht gefährdet wird. Zur Überwindung der langfristigen Wachstumsschwäche der Schweizer Wirtschaft vermag sie hingegen nichts beizutragen. Hier sind andere Politikbereiche gefordert. Lassen sie mich dazu abschliessend noch ein paar Überlegungen anstellen.

4. Notwendigkeit weiterer Liberalisierungsschritte im Binnenmarkt

Die Schweizer Wirtschaft ist bekanntlich in den letzten 20 Jahren deutlich langsamer gewachsen als der Durchschnitt der OECD-Länder. Zwar gibt es plausible Argumente dafür, dass das Wirtschaftswachstum und damit der Produktivitätsfortschritt in der Schweiz durch die offizielle Statistik unterschätzt werden. Das vermutliche Ausmass dieser Unterschätzung reicht aber nicht aus, um das Problem wegzuerklären.

Es wäre jedoch irreführend, von einer generell ungenügenden Produktivitätsentwicklung in der Schweiz zu sprechen. Vielmehr steht einem sehr dynamischen und innovativen Exportsektor mit hohem Produktivitätszuwachs ein lethargischer und in traditionellen Strukturen verharrender Binnensektor gegenüber. Das entsprechende Produktivitätsgefälle ist teilweise naturgegeben, denn für verschiedene binnenorientierte Dienstleistungsbranchen sind die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung beschränkt oder von Seiten der Kunden gar nicht erwünscht. Das Produktivitätsgefälle zwischen Export- und Binnensektor ist somit keine schweizerische Besonderheit; in seinem Ausmass ist es aber hierzulande viel ausgeprägter als in den meisten anderen Ländern.

Der Grund dafür liegt in einem dichten Netz von staatlichen Regulierungen und privaten Absprachen, welche die Preiskonkurrenz im Binnensektor begrenzen und dadurch den technischen Fortschritt hemmen. Aus der Marktabschottung ziehen zum Teil auch ausländische Unternehmungen oder die als Zwischenhändler tätigen Importeure einen Vorteil, weil sie ihnen eine Preisdifferenzierung zuungunsten der Schweiz erlaubt. Die Preisunterschiede für identische Produkte haben mittlerweile in verschiedenen Bereichen ein Ausmass erreicht, das für viele Konsumenten den Gang über die Grenze als lohnend erscheinen lässt.

Unter dem geringen Produktivitätswachstum des Binnensektors und dem überhöhten inländischen Preisniveau leiden aber auch die Exporteure. Sie haben Vorleistungskosten zu tragen, die deutlich über denjenigen ihrer ausländischen Konkurrenten liegen. Als Folge davon droht die Schweiz in der für die Investitionsentscheidungen so wichtigen internationalen Standortkonkurrenz zurückzufallen. Zwar hat man in letzter Zeit verschiedentlich vernehmen können, dass sich ausländische, vorab deutsche Industrieunternehmungen für den Produktionsstandort Schweiz interessieren. Diese erfreulichen Beispiele belegen aber nur, wie wichtig bei zunehmender internationaler Kapitalmobilität die Frage der Standortqualität geworden ist. Wir sollten uns jedenfalls nicht damit zufrieden geben, dass es Länder gibt, die im Standortvergleich schlechter abschneiden als wir.

In den vergangenen Jahren sind einige vielversprechende Massnahmen zur Vitalisierung des schweizerischen Binnenmarktes ergriffen worden. Dazu gehören die Schaffung eines Binnenmarktgesetzes, die Verschärfung des Kartellrechts, die Liberalisierung des Telecom-Marktes, die Neuausrichtung der Agrarpolitik sowie auch verschiedene Teilbereiche der bilateralen Abkommen mit der EU. Der anfängliche Elan hat aber bereits wieder nachgelassen. In diesem Zusammenhang sind auch die ablehnenden Volksentscheide zu verschiedenen Deregulierungs- und Privatisierungsprojekten zu sehen. Die Skepsis der Stimmbürger wurde vermutlich durch eine Reihe von Negativbeispielen aus dem Ausland genährt, wo die gewünschte Effizienzsteigerung ausblieb. Es lohnt sich, diese Fälle genau zu studieren, denn Privatisierungen von vormals staatlichen Unternehmungen können bei wenig durchdachter Umsetzung auch unerwünschte Folgen haben, was dann bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer Ablehnung des Liberalisierungsgedankens an sich führt.

Die Dynamik des Strukturwandels verlangt von den Unternehmungen und ihren Beschäftigten viel Flexibilität und Kreativität. Nicht zu verhindern ist, dass der Strukturwandel auch Opfer fordert. Eine realistische Alternative dazu gibt es nicht, denn eine Politik der Strukturhaltung würde zu einer fortschreitenden Erosion unseres Wohlstandes führen. Den Herausforderungen des Strukturwandels steht aber das verständliche Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit gegenüber. Eine wichtige Rolle in diesem Spannungsfeld spielen unsere sozialstaatlichen Einrichtungen. Angesprochen sind hier zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung, die heute richtigerweise auf eine Reintegration der Arbeitslosen ausgerichtet ist, aber auch eine gesicherte, auf solidem finanziellen Fundament stehende Altersvorsorge.

Diese sozialstaatlichen Einrichtungen sind komplementär zum Strukturwandel, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen geben sie den Menschen Sicherheit und erhöhen damit ihre Bereitschaft, den Herausforderungen des Strukturwandels mit einer positiven Haltung entgegenzutreten. Zum anderen trägt ein hohes, durch Innovation und Strukturwandel gefördertes Wirtschaftswachstum ganz wesentlich zur Sicherung der Sozialwerke bei. Angesichts der demografischen Zeitbombe, die die Finanzierbarkeit unserer Altersvorsorge zu untergraben droht, ist ein höheres Wirtschaftswachstum geradezu eine Notwendigkeit. Die Folgen einer auf Verhinderung von Wettbewerb und Strukturhaltung ausgerichteten Politik wären verheerend. Sie könnte leicht in einen Teufelskreis münden, indem verunsicherte Bürger sich gegen alle Veränderungen im ökonomischen Umfeld stemmen und dadurch die Existenz der sozialstaatlichen Einrichtungen erst recht gefährden. Eine solche Entwicklung gilt es mit aller Kraft zu verhindern.

Den Wirtschaftsstandort Schweiz durch eine gezielte Flexibilisierung der Strukturen und eine erweiterte Öffnung der Märkte attraktiver zu machen, liegt in unserem Gesamtinteresse. Damit sind mehr Wachstum und eine solidere Finanzierung unserer Sozialwerke zu erwarten. Ein „Big Bang“ ist nicht anzustreben. In einer direkten Demokratie wie der schweizerischen kann das Unterfangen nur gelingen, wenn die Balance zwischen der ökonomischen Notwendigkeit wachstumsfördernder Strukturreformen und den sozialstaatlichen Einrichtungen gewahrt bleibt. Hier ist vor allem die Politik, nicht die Notenbank angesprochen.